

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Alfons Pawelczyk MdB, Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstungsfragen des Deutschen Bundestages, sieht genügend Verhandlungssubstanz für die KSZE-Folgekonferenz: Ausgangspunkt für einen konstruktiven Dialog?

Seite 1-3

Dieter Haack MdB setzt sich dafür ein, der familienpolitischen Komponente ein stärkeres Gewicht zu geben: 7 b in der Diskussion.

Seite 4/5

Bruno Friedrich MdB/MdEP begrüßt, daß die USA und Frankreich die Abrüstungspolitik der SPD/FDP-Koalition unterstützen: Strauß ist außenpolitisch isoliert.

Seite 6

Lothar Schwartz weist auf das Doppel- und Rüpelspiel mit dem Kandidaten Strauß in der "Währungsfrage" hin: Ohne Redlichkeit und menschlichen Anstand.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

35. Jahrgang / 172

9. September 1980

Ausgangspunkt für einen konstruktiven Dialog?

Es gibt genügend Verhandlungssubstanz für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstungsfragen  
des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Am 11. November 1980 wird die 2. KSZE-Folgekonferenz in Madrid beginnen. Dieses Zusammentreffen von 33 europäischen Staaten der USA und Kanada ist als das wichtigste internationale Ereignis zwischen West und Ost seit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan anzusehen. Das vorbereitete Treffen zu dieser KSZE-Folgekonferenz beginnt am 9. September 1980.

Werden die KSZE-Staaten zurückfinden zu einem Dialog, der nicht nur das Trennende hervorhebt, wird es gelingen, auch wieder die politischen Aspekte stärker herauszuarbeiten, die beide Seiten in gleicher Weise als Gefahr empfinden und deren einvernehmliche Regelung sie wünschen? Nichts wäre für die Weiterentwicklung der internationalen Lage gefährlicher als die Interessenübereinstimmungen, die aus existentiellen Gründen bestehen, durch fortlaufenden Konfrontationsdialog unsichtbar zu machen oder gar zu zerreden.

Die Parteien der Regierungskoalition SPD und FDP haben ihr besonderes Interesse an der termingerechten Durchführung der Madrider KSZE-Folgekonferenz durch eine große Anfrage an die Bundesregierung Nachdruck verliehen, die am 16. Juni 1980 im Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Im Text dieser Großen Anfrage beurteilen beide Koalitionsparteien den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan als unvereinbar mit der in der KSZE-Schlußakte niedergelegten Verpflichtungen. Sie begründen die Notwendigkeit, das Madrider Folgetreffen termingerecht abzuhalten mit folgender Feststellung: "Eine wesentliche Aufgabe europäischer und atlantischer Politik in dieser Situation besteht darin, mit dazu beizutragen, daß Krisen und Rückschläge im Ost-



West-Verhältnis im Wege des Dialogs und der Verhandlungen überwunden werden. Deshalb kommt es gerade angesichts der krisenhaften Entwicklungen aufgrund der sowjetischen Intervention darauf an, das Gespräch und den Dialog nicht abreißen zu lassen."

Wir Sozialdemokraten haben immer eine realistische Haltung in der Entspannungspolitik eingenommen. Wir haben zugleich stets jenen demonstrativen Pessimismus bekämpft, der den Gegnern der Zusammenarbeit von vornherein die Entschuldigungsgründe für Störmanöver liefert. Die Rahmenbedingungen für eine realistische Zusammenarbeit ergeben sich aus den Erfahrungen der Ost-West-Politik seit 1945:

- 1.: Die Bereitschaft zur Entspannungspolitik und ihrer Weiterentwicklung setzt innenpolitische Stabilität voraus. Jeder Staat behält die Mittel zur Kontrolle des innenpolitischen Veränderungsprozesses in der Hand.
- 2.: Nicht Systemüberwindung, sondern die Verbesserung bestehender Verhältnisse Zug um Zug ist möglich.
- 3.: Die KSZE-Ergebnisse haben den Charakter politisch moralischer Absichtserklärungen und nicht die Qualität völkerrechtlicher Verträge.

Der Wert, den ein zur friedlichen Konfliktlösung fähiges Europa für unseren Kontinent und die Welt bedeutet, verpflichtete uns, diesen mühsamen Weg einzuschlagen und fortzusetzen. Alle anderen politischen Konzeptionen der Nachkriegszeit sind gescheitert und haben Europa mehrfach an den Rand militärischer Konflikte getrieben.

Am 30. Juli 1975 trafen sich die verantwortlichen Staats- und Regierungschefs aus 33 europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten und Kanada zur Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki. Es war das erste Zusammentreffen der europäischen Staaten seit dem Wiener Kongreß. Über 160 Jahre leidvoller europäischer Geschichte mußten vergehen, bis erneut ein außenpolitisches Klima erreicht war, das es allen europäischen Staaten außer Albanien ermöglichte, sich an einen Tisch zu setzen, um zu versuchen, gemeinsame Rahmenbedingungen zur Lösung der politischen Probleme auf dem Verhandlungswege zu entwickeln. Mit ihrer Unterschrift unter die Schlußakte haben die Sowjetunion und ihre europäischen Bündnispartner offiziell die Tatsache anerkannt, daß die Politik der Zusammenarbeit in Europa in allen ihren Aspekten ohne die aktive Mitwirkung der nordamerikanischen Staaten nicht möglich ist. Die weltpolitische Bedeutung dieser



Tatsache ist in der innenpolitischen Diskussion über Entspannung und Abrüstung in den Hintergrund getreten, obwohl sie eine der wichtigsten politischen Ergebnisse von Helsinki ist.

Die KSZE-Folgekonferenz von Madrid könnte Ausgangspunkt für einen konstruktiven Dialog sein. Es gibt genügend Verhandlungssubstanz. Durch das französische Memorandum vom 24. Mai 1978 wurde den KSZE-Staaten zum Beispiel das Projekt einer Konferenz über Abrüstung in Europa vorgelegt. Zur Teilnahme sind alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada aufgefordert. Der Vorschlag einer Konferenz für Abrüstung in Europa wirft für die Zukunft die Frage auf, wie die Rüstungskontrollpolitik in Europa weitergeführt werden soll. Wird sie an den KSZE-Rahmen gebunden oder zu einem eigenständigen europäischen Abrüstungsinstrument entwickelt? Die Konsequenzen einer Verselbständigung der Konferenz für Abrüstung in Europa, für die Sicherheitspolitik zwischen NATO und Warschauer Pakt, aber auch die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen (MBFR, SALT und anderen) sind noch nicht durchdacht. Deshalb muß die Konferenz für Abrüstung in Europa zunächst im KSZE-Rahmen eingebunden sein.

Der Erfolg der 2. KSZE-Folgekonferenz wird erstens davon abhängen, ob beide Seiten erkennen, daß die seit Jahren zunehmenden Spannungen zwischen Ost und West nicht ausschließlich auf politischen Fehlhandlungen des Warschauer Paktes beruhen. Auch auf westlicher Seite wurden politische Entscheidungen getroffen, die Anlaß zu Mißverständnissen gaben. Erfolg oder Mißerfolg werden zweitens dadurch bestimmt, ob sich alle Teilnehmerstaaten bereitfinden, sämtliche Tagesordnungspunkte - Sicherheit in Europa, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, humanitäre Beziehungen - gleichrangig zu behandeln, wie es die Schlußakte von Helsinki verlangt. Dieser Forderung in der Schlußakte liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, daß durch besondere Hervorhebung einzelner Bereiche die Konferenz zu leicht abgeleitet in ein reines gegenseitiges Aufrechnen und die Möglichkeiten eines konstruktiven Vorgehens werden zuleicht blockiert. Dieser Fehler wurde bei der ersten KSZE-Folgekonferenz in Belgrad begangen. Die Ergebnisse waren äußerst unbefriedigend. (-/9.9.1980/ks/ca)

+ + +



## 7 b in der Diskussion

Familienpolitische Komponente muß stärkeres Gewicht erhalten.

Von Dr. Dieter Haar MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

CDU und CSU sind auch im laufenden Wahlkampf erneut bemüht, dem Wähler ein Schreckensbild von dem zu skizzieren, was ihn bei einer Fortführung der sozialliberalen Koalition erwartet. Dabei wird bedenkenlos mit jeder Unterstellung gearbeitet. Ein anderer Weg bleibt CDU und CSU offenbar nicht, angesichts der mangelnden Alternativen in den verschiedenen sachpolitischen Bereichen. Auch Wohnungs- und Städtebau, Themen, die sich kaum zur Polemik eignen, bleiben dabei leider nicht ausgenommen. So war erst vor wenigen Tagen von CSU-Seite im Rahmen der Vorstellung von "Thesen zur Wohnungs- und Städtebaupolitik" die Behauptung zu hören, die SPD wolle die Eigentumsförderung im Wohnungsbau reduzieren, die Bausparförderung streichen und den bekannten Bauherrnparagrafen 7 b zurückschneiden. Diese Unterstellung entbehrt jeder Grundlage. Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten wiederholt klargemacht, daß das Fördervolumen bei der Bausparförderung und beim 7 b keinesfalls verringert wird. Darüber sind sich Bundesbauminister und Finanzminister völlig einig. Aufhänger für die Behauptungen der Opposition war die Diskussion um die Frage, wie die Förderung familienfreundlicher und sozial gerechter ausgestaltet werden kann. Daran zu arbeiten ist für uns allerdings eine beständige Maxime unserer Politik. Gedanken über eine familienfreundlichere Ausgestaltung der Förderung stände wohl auch der CDU/CSU gut an, die ansonsten doch das Wort "Familienpolitik" so vollmundig und oft gebraucht. Statt dessen fällt ihr nichts mehr ein als die Forderung nach einer pauschalen Anhebung der Förderbeträge beim 7b, die lediglich bestehende Ungerechtigkeiten und Fehlwirkungen vergrößern würde.

Diese Bundesregierung braucht sicher nicht mehr unter Beweis zu stellen, daß gerade auf dem Sektor des Wohnungsbaus ihre Politik eigentumsfreundlich ist. Die Fakten der letzten Jahre sprechen für sich. Nie zuvor unter CDU-geführten Bundesregierungen waren die Fördermittel für diese Aufgabe so hoch, nie zuvor hatte etwa im sozialen Wohnungsbau der Eigentumsbereich einen vergleichbar hohen Anteil.

Worum geht es nun bei unseren Überlegungen zur Neugestaltung der Eigentumsförderung? Das System der direkten und indirekten Förderung im Wohnungsbau entspricht heute offensichtlich nicht mehr in vollem Umfang den Zielen einer ausgewogenen Eigentumspolitik. Es ist vor allem familienpolitisch zu wenig differenziert. Wir brauchen ein Fördersystem, das den Familien mit Kindern stärker zugute kommt. Der Ein-Personen-Haushalt wird heute bei der Eigentumbildung nahezu genauso berücksichtigt, wie beispielsweise ein Sechs-Personen-Haushalt. Zudem wirkt der 7 b in der bisherigen Konstruktion aufgrund der Progressionseffekte unseres Steuersystems noch zu wenig zugunsten unterer und mittlerer Einkommensschichten. Benachteiligt sind heute schließlich die Bauherren in den Ballungsgebieten, in Regionen also mit besonders hohen Bau- und Bodenkosten. Die bisherige Förderung knüpft insgesamt zu wenig an die tatsächliche Belastung und vor allem die Belastungsfähigkeit derer an, die Wohneigentum schaffen wollen.

Bei der Diskussion um die Neugestaltung der Förderung gibt es keinen Zweifel, daß der Rechtsanspruch auf eine Förderung der Eigentumbildung im Wohnungsbau durch steuerliche Vergünstigungen in jedem Fall erhalten bleibt. Erhalten bleiben wird auch die direkte Förderung im Rahmen des sozialen Wohnungsbau. Ziele möglicher Verbesserungen liegen:



- in der stärkeren Förderung der Familien mit Kindern,
- der stärkeren Ausrichtung der Förderung an der Belastbarkeit der Bauherrn,
- in der Verbesserung der Möglichkeiten des Eigentumserwerbs, auch in Regionen mit hohen Bau- und Bodenkosten für breite Schichten der Bevölkerung und schließlich
- im Abbau der Sonderförderung von Bauherrn "unechter" Zweifamilienhäuser.

Die Eigentumsbildung im Wohnungsbau wird auch in den 80er Jahren ein ganz entscheidendes Element zur Verbesserung der Wohnversorgung in unserem Land sein. Dafür müssen wir ein ausgewogenes Fördersystem anbieten. Die Generation der Nachkriegszeit, die zunächst in Kindergärten und Schulen, später am Arbeitsmarkt und in den Universitäten Engpässe hervorrief, wird noch in diesem Jahrzehnt das "Eigentumsalter" erreichen. Ihr müssen wir helfen, diesen Wunsch zu realisieren. Die zusätzliche Nachfrage nach Wohneigentum, die sich allein aus den Generationenverschiebungen ergibt, wird noch verstärkt durch die hohen Vermögensbestände, die als Folge einer 30- bis 40jährigen Prosperität angesammelt wurden. Wir wissen, daß schon heute neben den direkt geerbten Eigentumsobjekten in rund 20 Prozent aller Fälle Erbschaften oder Hilfen der älteren Generation beim Erwerb von Wohneigentum eine Rolle spielen. In der Vergangenheit haben häufig Haushalte aus oberen Einkommenschichten Wohneigentum erworben. In Zukunft kommen vermehrt die breiten Schichten der Bevölkerung an die Schwelle zur Eigentumsbildung. Ihnen zu helfen, muß Aufgabe unserer Politik sein. Es wäre kaum verständlich und vertretbar, die Förderung gerade dann zu beschränken, wenn sie mehr als bisher breiten Schichten zugute kommen kann.

Trotz aller Schreckensbilder der Opposition gilt deshalb, daß die Eigentumsförderung in Zukunft beibehalten wird. Allerdings werden wir die Mittel gezielter als bisher einsetzen. CDU und CSU wäre anzuraten, bei der Suche nach Gegnern der Eigentumsförderung im Wohnungsbau in den eigenen Reihen Ausschau zu halten. Hier wären die Erfolgsaussichten größer, war doch die Forderung nach einem Rückzug des Staates aus der Eigentumsförderung bisher nur von Professor Biedenkopf, einem wohl nicht unmaßgeblichen Sprecher der CDU, zu hören.

Eine der entscheidenden Hürden für die Verwirklichung des Wunsches nach dem Eigenheim liegt heute in den außerordentlich gestiegenen Bodenpreisen. Alle Versuche von seiten der SPD in den 70er Jahren, die bodenrechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, sind immer wieder von CDU und CSU abgeblockt worden. Trotz dieser Erfahrungen müssen wir einen bodenpolitischen Neubeginn versuchen. Die Entwicklung auf den Bodenmärkten läuft wohnungspolitischen, aber auch städtebaulichen Zielen zuwider. Ich weiß, daß Patentrezepte und einfache Lösungen hier nicht zu erwarten sind. Es ist vielmehr ein breit gefächertes und abgestimmtes Instrumentarium, eine Bündelung von steuerrechtlichen und planungsrechtlichen Instrumenten notwendig. Herstellung eines "sozialen Bodenmarktes" ist natürlich zunächst eine zentrale Aufgabe der Gemeinden. Dabei müssen sie jedoch von Bund und Ländern unterstützt werden. Liest man hierzu die Leitthesen der CSU für die 80er Jahre, dann wird schnell deutlich, daß man auf diesem Feld alles beim alten lassen will. Wir werden dem konstruktive Vorschläge zur Verbesserung des Baulandangebotes entgegensetzen. CDU und CSU werden wahrscheinlich versuchen, eine solche Politik erneut mit dem Stempel "eigentumsfeindlich" abzuwerten. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist gerade eine Politik für das Eigentum, wenn wir versuchen, auch auf dem Weg über eine Verbesserung der Situation am Bodenmarkt möglichst breiten Schichten der Bevölkerung den Weg zum eigenen Heim zu ebnen.

(-/9.9.1980/hi/ca)

+ + +





Ohne Redlichkeit und menschlichen Anstand  
-----

Doppel- und Rüpelspiel mit dem Kandidaten Strauß in wechselnden Rollen

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstands

Redlichkeit in der Sache und Respekt vor Personen sollten zur Grundausrüstung eines jeden Demokraten gehören. Dies ist natürlich erst recht von Parteien und Politikern zu erwarten, die Verantwortung in Staat und Gesellschaft wahrnehmen oder anstreben. An diesen - hoffentlich nicht be- oder umstrittenen Kriterien sollen die folgenden Äußerungen und Vorgänge gemessen werden:

- "Ein Weiterregieren der SPD bedeutet Währungsreform und Geldvernichtung."  
(CSU-Generalsekretär Stoiber auf dem CSU-Wahlparteitag am 20. Juni 1980).
- "Wenn Schmidt so weiter wirtschaftet, treibt er uns in die Währungsreform."  
(CDU-Wahlkampfbroschüre vom 4. September 1980).
- "Währungsschnitt durch Schulden-Kanzler Schmidt."  
(Aufdruck auf einem nachgemachten Inflations-Geldschein aus der Weimarer Zeit mit dem eingedruckten Kopf von Bundeskanzler Schmidt - hergestellt und vorwiegend in Altsheimen verteilt durch die "Bürgeraktion Demokraten für Strauß").
- Aufgrund solcher Parolen und Aktionen - CSU-Plakate verkünden, daß "die Regierung Schmidt in eine Währungsreform treibt" - richtete Bundesbankpräsident Hans Otto Pöhl Anfang September in einem Brief an den CSU-Vorsitzenden und Unions-Kanzlerkandidaten Strauß "die dringende Bitte, seinen Einfluß geltend zu machen, daß derartige Aktionen nicht fortgesetzt werden". Der Bundesbankpräsident erinnerte in seinem Schreiben an Strauß an eine am 5. Mai 1980 veröffentlichte Stellungnahme, in der Meldungen über eine angeblich bevorstehende "völlige Neuorientierung unseres Währungssystems" zurückgewiesen und als "äußerst bedenklich" bezeichnet worden waren. Bereits Mitte August 1980 hatte Bundesbankvizepräsident Helmut Schlesinger an die "Bürgeraktion für Strauß" - ohne Erfolg - den Appell gerichtet, "alles zu unterlassen, was geeignet ist, das Vertrauen in die deutsche Währung durch das Wecken unbegründeter Assoziationen und Inflationsängste zu untergraben."
- "Ich rede nicht von der Währungsreform; ich rede nicht davon, daß wir eines Tages aufwachen würden und zehn Mark wären nur fünf Mark wert. Das habe ich nie behauptet, das ist auch nicht seriös, ist auch nicht meine Meinung."  
(Kandidat Strauß in der ZDF-Sendung "Bürgerfragen - Politiker antworten" am 4. September 1980)
- "Es wäre besser, der Bundesbankpräsident würde sich aus dem Bundestagswahlkampf heraushalten. Er erfüllt hier (wenn er davor warnt, von einer Währungsreform zu reden) - ich sage das sehr ungern an meinem Geburtstag - seine Aufgabe im Auftrag der Partei, in der Öffentlichkeit die Schuldenwirtschaft in Schutz zu nehmen. Er sollte sich hier zurückziehen, gerade weil er Parteifunktionär beziehungsweise Protege war, eine Traumkarriere durch parteipolitische Bevorzugung zu verzeichnen hat. Er sollte uns hier nicht in die Quere kommen, das ist eine politische Auseinandersetzung über die Schuldenwirtschaft."  
(Kandidat Strauß am 6. September 1980 im "Mittagsmagazin" des Westdeutschen Rundfunks).

Das sind Szenen aus einem Doppel- und Rüpelspiel der CDU/CSU mit dem Kandidaten Strauß in wechselnden Rollen. Redlichkeit und menschlicher Anstand kommen darin nicht vor.

(-/9.9.1980/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

